

Inhaltsverzeichnis	Seite
Tabellenverzeichnis	IV
Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen	V
1. Einleitung	1
1.1 Zum Gegenstand der Untersuchung	1
1.2 Definition von Mittelstand im Rahmen der Arbeit	3
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	5
1.3.1 Grundsätzliche Abgrenzungsproblematik	5
1.3.2 Das aktuelle Aktionsprogramm zugunsten von KMU	7
1.3.3 Nichtsubventionstatbestände	8
1.3.4 Subventionstatbestände	12
1.3.5 Abgrenzung nicht mittelstandsspezifischer Maßnahmen	14
1.3.6 Maßnahmen zur Beobachtung und Bewertung der Unternehmenspolitik	15
1.3.7 Ergebnis der Abgrenzung	16
1.4 Ziele und Vorgehensweise	16
2. Subventionen für KMU und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt	17
2.1 Marktwirtschaftlicher Ansatz und normative Vorgehensweise	18
2.2 Ökonomische Begründungen für Staatseingriffe in Form von Subventionen an KMU	21
2.2.1 Subventionen als Nachteilsausgleich?	21
2.2.2 Staatseingriffe aufgrund von Marktversagen	23
2.3 Ansatzpunkte für mögliche positive externe Effekte bei KMU	32
2.4 Das Innovations- oder Forschungsargument	32
2.4.1 Zieladäquanz	34
2.4.2 Ansatzpunkte für eine Förderung von KMU im Zusammenhang mit ihrer Innovationsfähigkeit	35
2.4.3 Sind KMU innovativer als große Unternehmen?	35
2.4.4 Patentschutz und KMU	39
2.4.5 Finanzierung von Innovationen und KMU	44
2.4.6 Forschungsförderung für KMU als Ausgleich für Forschungsförderung zugunsten von Großunternehmen?	56
2.4.7 Zusammenfassung zum Innovationsargument	59

	Seite
2.5 Wettbewerbs- oder Marktstrukturargument	61
2.5.1 Einführung	61
2.5.2 Zieladäquanz	62
2.5.3 Empirische oder theoretische Anhaltspunkte für eine Wettbewerbsförderungspolitik zugunsten von KMU?	63
2.5.4 Fazit	71
2.6 Beschäftigungsargument	72
2.6.1 Einleitung oder Abgrenzung	72
2.6.2 Unternehmensgröße und Anzahl geschaffener Arbeitsplätze	73
2.6.3 Fazit	77
2.7 Fazit zu Kapitel 2	78
3. KMU-spezifische Maßnahmen auf Ebene der Europäischen Union?	79
3.1 Das Subsidiaritätsprinzip	79
3.2 Förderprogramme auf EU-Ebene?	83
3.3 Wettbewerbspolitik auf EU-Ebene?	88
3.4 Harmonisierung von handelsrechtlicher Rechnungslegung	88
3.5 Mehrwertsteuerharmonisierung	89
3.6 Änderungen der Emissionsbestimmungen für Beteiligungskapital von KMU auf Ebene der Europäischen Union?	90
4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der EU und KMU	95
4.1 Spürbarkeitsklauseln im Rahmen von Artikel 85 EGVertrag	95
4.2 Überwachung von Beihilfen an Unternehmen gemäß Artikel 92 EG-Vertrag	98
4.2.1 Einleitung und grundsätzliche Regelungen	98
4.2.2 Ausnahmen zum grundsätzlichen Beihilfeverbot	100
4.2.3 Umsetzungsprobleme bei Kontrolle und Genehmigung nationaler Beihilfen	101
4.2.4 Beihilfeverbot für die EU	105
4.2.5 Fazit	107
4.3 KMU und Vorschriften zur externen Rechnungslegung	108
4.3.1 Derzeitige rechtliche Bestimmungen	109
4.3.2 Individualvereinbarungen und externe Rechnungslegung	111
4.3.3 Vorteile einer dispositiven staatlichen Normierung	118
4.3.4 Vorschläge zum Einzelabschluß	120
4.3.5 Vorschläge zur Konzernrechnungslegung	123
4.3.6 Fazit	124

4.4 Harmonisierung der Mehrwertsteuer und KMU	126
4.4.1 Stand der Harmonisierung	126
4.4.2 Alternativen zur Übergangslösung	133
4.4.3 Das Ursprungslandprinzip	133
4.4.4 Das Gemeinsamer-Markt-Prinzip	134
4.4.5 Bestimmungslandprinzip in Form einer Einphasen-Umsatzsteuer	136
4.4.6 Nachteilsausgleich für KMU bei Festhalten an der Übergangslösung?	138
5. Zusammenfassung	141
Anhang	151
Literaturverzeichnis	157